

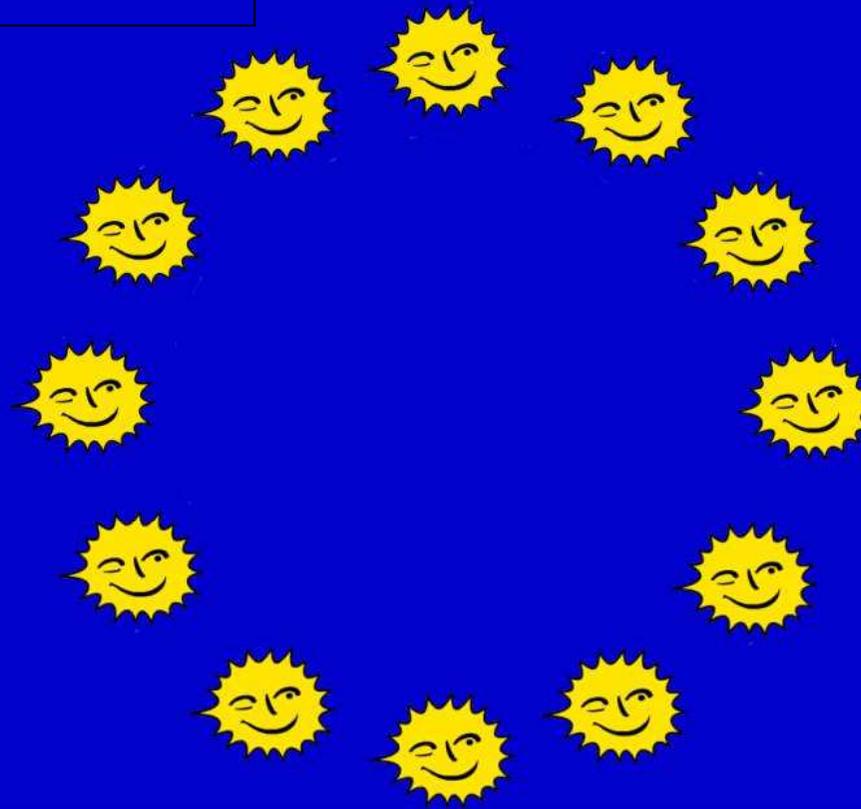
Eur. Atomgemeinschaft (EAG)

EURATOM-V (EAG-V)

Polit-strategische Optionen:

- **[Abschaffung]**
- **[Reform/Revision]**
- **Kündigung/Austritt v. MSS.**

Eva STEGEN, Elektrizitätswerke Schönau (EWS), 2016



**high time for a EURATOM Conference,
which hasn't taken place for decades**

EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (←1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomfahren (PLAGE)

Initiativen zu EURATOM auf EU-Ebene

- **1996: Antrag im Eur. Parlament (EP) auf Einstellung der Nuklearförderung und Beschränkung des EAG-V auf sicheren Abbau von Reaktoren & sichere Atommülllagerung.**
Mit 244 gegen 237 Stimmen abgelehnt.(Entscheidend: 7 ÖVP-Abg. Stimmen dagegen. – 13.11.1996)
- **2000 – 2005: EU-Verfassungskonvent:**
 - (a) Vorlagen von Konventmitgliedern für Abschaffung/Revision von EURATOM (GRÜ,SP aus IRL, Ö, D)
 - (b) Desgleichen von eur. Atomgegnerkonferenzen in Brüssel & Amsterdam (Federführung FOE-E, WISE-Amsterdam)
- **Gemeinsame Erklärung von 5 EU-Mitgliedsstaaten* im Anhang zum EU-Verfassungsvertrag: EAG-V überholt, Forderung nach „baldmöglichster“ Regierungskonferenz zwecks Revision.**

* D, IRL, A**,S,H

**24.9.2003: ÖVP-Delegation im EP stimmt geschlossen gegen eine „Konferenz zur Revision des EURATOM-Vertrags“.



**Konventspräsident Valéry
Giscard d'Estaing.**

Deutsche Initiativen zu EURATOM

(1989 - Jan 2014; zunächst i.w. „von oben“)

- **1989 (3. Tschernobyl-Jahrestag):**
Entschließung der Länderkammer (Bundesrat) an die Bundesregierung zu 5-Punkte-Reform des EURATOM-Vertrages (Initiative des SAARLANDs, Umweltminister Jo LEINEN)
- **2003: Beschluss des Deutschen Bundestags:**
EURATOM-Vertrag auslaufen lassen(12.3.2003, Antrag SPD+GRÜ/H. SCHEER+H.J.FELL; rot-grüne Regierung unter SCHRÖDER/FISCHER folgt nicht)
- **2011: Antrag GRÜNE im Bundestag:**
EURATOM-Vertrag ändern – Atomausstieg europaweit voranbringen – Atomprivileg beenden(Drucksache 17/7670 – 9.11.11)
- **2012: Öffentliche Anhörung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu Chancen und Risiken einer Auflösung von EURATOM**(21.3.2012, Vorsitz Gunther Krichbaum (CDU/CSU) auf Antrag der Fraktion DIE LINKE.– Drucksache 17/6151)
- **2013: Kleine Anfrage Fraktion DIE LINKE im Bundestag:**
Inanspruchnahme von Geldern aus EU- & EURATOM-Rahmenprogrammen durch deutsche Forschungseinrichtungen (IPP...)(Drucksache 17/12641 – 6.3.2013)

U

Bundesrat Drucksache 240/89 (Beschluß)
30.06.89

Referat A/4
Rechtsetzung des Bundes u. der EG

F		ABTL. F.	Z	
1	2	AZ.: 41.18	7	8
3	4	07. Juli 1989	9	
5	6	Tab. Nr.		

Eing.: 07. JULI 1989
Weiter an: F

Beschluß
des Bundesrates
zur
Entschließung des Bundesrates zur Änderung des EURATOM-Vertrages vom 25. März 1957

Der Bundesrat hat in seiner 602. Sitzung am 30. Juni 1989 beschlossen, die als Anlage beigefügte Entschließung zu fassen.

Deutscher Bundesratsbeschuß, die Regierung solle eine Änderung des Euratomvertrags erwirken: "Wenig aussichtsreich".

An das
Österreichische Netzwerk Atomkraftfrei
c/o Plattform gegen Atomgefahren Salzburg
(PLAGE)
Nonntaler Hauptstraße 86
5020 Salzburg

Wien, am 16. Jänner 2017

Geschäftszahl:
BMWFW-562.980/0032-III/12/2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

danke für Ihr Schreiben zum Thema „Absichten der österreichischen Bundesregierung im Zuge der BREXIT-Verhandlungen Großbritanniens mit der EU und deren Mitgliedsstaaten punkto EURATOM-Vertrag“! Wie Sie bestimmt wissen, fallen Angelegenheiten der Nuklearpolitik grundsätzlich in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit dem ich aber in diesen Fragen eng abgestimmt bin.

Angesichts offener Rechtsfragen, die vom Obersten Gerichtshof des Vereinigten Königreiches zu klären sind, ist derzeit völlig offen, wann und in welcher Form das Vereinigte Königreich einen Austrittsantrag nach Art. 50 EUV stellen wird. Ebenso ist derzeit unbekannt, ob das Vereinigte Königreich in seiner Mitteilung nach Art. 50 EUV auf den EURATOM-Vertrag Bezug nehmen wird.

*Wird es
offenbar, wie
seitlich
berichtet.*

Von den meisten Europarechtsexperten wird dabei in der Tat angenommen, dass der Austritt aus der Europäischen Union auch den Austritt aus dem EURATOM-Vertrag bedeutet. Sollte dies strittig sein, muss der Europäische Gerichtshof eine endgültige Entscheidung treffen. Solange das Vereinigte Königreich Mitglied der Europäischen Union ist, gilt für dieses auch das Europäische Beihilfenrecht in vollem Umfang.



In Österreich hat bereits eine vom Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres geleitete interministerielle Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit aufgenommen, um die Auswirkungen des BREXITS auf Österreich zu prüfen. Über die Einbeziehung weiterer Akteure wäre im Rahmen des Vorsitzes dieser Arbeitsgruppe zu entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Müller', written in a cursive style.



**Rechtlich geordneter Austritt
aus der Europäischen Atomgemeinschaft vor und
nach Inkrafttreten
des Verfassungsvertrages***
- Gutachten -

1 Fragestellung

Die von Herrn Landtagsdirektor Dr. *Helmut Hörtenhuber* an mich herangetragene Fragestellung lautet:

Kann für den Fall des Inkrafttretens des am 18. Juli 2003 vom Vorsitzenden des Konvents *Giscard d'Estaing* dem amtierenden EU Ratspräsidenten, dem italienischen Premierminister, in Rom überreichten Entwurf eines Verfassungsvertrages¹ davon ausgegangen werden, dass ein rechtlich geordneter Austritt der Republik Österreich aus der EAG² unter Aufrechterhaltung der Zugehörigkeit zur künftigen EU³ zulässig sein wird?

Für die Unterstützung bei der aufwendigen Dokumentation bedanke ich mich bei Dr. Franz Leidenmühler, Mag. Andreas Auer und Stud.-Ass. Petra Oberhuber, was meine uneingeschränkte Gesamtverantwortung für Text und Inhalt der Studie keineswegs mindert.

¹ Entwurf „Vertrag über eine Verfassung für Europa“, Amtsblatt (ABl.) 2003, C 169, S. 1 ff. Gemeiniglich EU-Verfassung genannt und im Folgenden als Verfassungsentwurf bezeichnet.

² Europäische Atomgemeinschaft.

Universität Salzburg
Fachbereich Öffentliches Recht
Völkerrecht
Churfürststraße 1
A-5020 Salzburg

Ao.Univ.Prof.
Dr. Michael Geistlinger
Tel. +43 (0)662 8044-3655
Fax +43 (0)662 8044-135
E-mail: michael.geistlinger@sbg.ac.at

Überlegungen zur Möglichkeit eines einseitigen Ausstiegs aus dem EURATOM-Vertrag

angestellt für die Konferenz

„Energy Intelligence for Europe – The Euratom treaty and future energy options: Conditions for a level playing field in the energy sector”

*(Intelligente Energie für Europa – Der Euratom-Vertrag und künftige Energie-Optionen:
Bedingungen für gleichberechtigtes Agieren im Energiesektor)*

Kopenhagen, 23. September 2005

1. Problemstellung

Im Verlauf der Verhandlungen über den Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens sowie der osteuropäischen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Ungarn, Bulgarien und Rumänien wurde das Recht der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union behandelt, als bildete es einen monolithischen Block. De facto jedoch setzen sich die europäische Verfassung und das europäische Recht aus einer Reihe unabhängiger Verträge zusammen, die unter das Völkerrecht fallen. Selbst wenn der EURATOM-Vertrag durch Titel IV des Vertrages vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag) ergänzt worden ist, existieren beide Verträge unabhängig voneinander. Wie Art. 1 Abs. 2 des Vertrages über die Europäische Union festlegt, sind die Europäischen Gemeinschaften einschließlich der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) die Fundamente der Europäischen Union, bleiben jedoch nach dem Völkerrecht eigenständige internationale Organisationen. Auch der Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997 rührte nicht an diese Grundlagen. Die Verträge der Europäischen Gemeinschaften sind vereinfacht und wurden lesbarer. Die Fundamente aber wurden nicht geändert. Auch der Vertrag von Nizza vom 14. Februar 2000 brachte eine Vielzahl substantieller Änderungen hinsichtlich der grundlegenden Gemeinschaften, verschmolz sie jedoch nicht zu einem Ganzen. Immer noch – und dies ist der gegenwärtige Stand des Rechts – bestehen die Europäischen Gemeinschaften unabhängig von und Seite an Seite mit der Europäischen

1

16

47

MÄRZ 2007

Die Kündigung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atom- gemeinschaft (EURATOM)

Europa-, völker- und verfassungsrechtliche Optionen
der Bundesrepublik Deutschland

mit grünen Schlussfolgerungen aus dem Euratom-Gutachten

Ein Gutachten
von Prof. Dr.
Bernhard Wegener,
Friedrich-
Alexander-
Universität
Erlangen-Nürnberg
im Auftrag der
Bundestags-
fraktion
Bündnis 90/
Die Grünen

WWW.GRÜNE-BUNDESTAG.DE

EURATOM-Verordnung zu Verseuchungslimits für Lebensmittel:

Grenzwerte nach Atomunfall: Tricks und Lügen der EURATOM-Experten Oder: Trinken Sie 16 Milliliter Wasser pro Tag?

Ende Juni erreicht uns ein Ruf der CRIIRAD*, „sicherheits- halber“ über die deutsche Fassung einer 5-seitigen französischen Dokumentati- on „drüberzuschauen“. Aus dem „Drüberzuschauen“ wird eine Woche Arbeit, um den Text praktisch neu zu über- setzen und bis in die Fein-

skandalös. Seitens der EU- Kommission, aber auch sei- tens eines Gutteils der öster- reichischen Volksvertreter/ innen im Europaparlament... Die CRIIRAD hatte die Vor- lage der EU-Kommission für eine EURATOM-Verordnung zu Strahlengrenzwerten, samt deren wissenschaft-

keinem größeren Medium in Österreich, Deutschland, Frankreich oder sonstwo wurde diese Vorbereitung der europäischen Lebens- mittelwirtschaft und Land- wirtschaft auf den nächsten Super-GAU wahrgenom- men. Auch über die Vor- lage der EU-Kommission an das EU-Parlament und über die Abstimmung der Europaabgeordneten am 9. Juli 2015 wurde in Europas Medien nicht berichtet. Da- bei geht es um eine in allen EU-Mitgliedstaaten verbind- liche Notfallverordnung für die höchste zulässige Ver- seuchung von Lebensmit- teln nach einem nächsten Tschernobyl!

Bericht der Kronenzeitung erleichtern (Blattmitte, SS. 4 – 5). Wie auch immer man zu der Zeitung steht, ihre Salzburg-Ausgabe hat die Sache aufgegriffen, wichti- ge Teile des komplexen Sachverhalts werden darin treffend und allgemein ver- ständlich vermittelt. Richtig und politisch wichtig bringt der „Krone“-Artikel die EU- RATOM-Verordnung auch mit dem Eckdatum Tschernobyl einerseits und mit der Salzburger EU-Mandatarin Claudia Schmidt (ÖVP) in Verbindung.

In der Folge gingen wir nicht nur dem Stimmverhalten der Salzburger „Lokalmatadorin“ im Europa-Parlament, sondern der 18 österrei- chischen EU-Parlamentarier überhaupt nach. Hiezu mehr in der **nächsten PN**. Ebenso zu unseren Schrit- ten in Richtung Regierung, Nationalrat und Öffentlich- keit. Soviel können wir jetzt schon verraten: Geradezu wider Erwarten wurde ein Zeitgewinn erreicht. Wird die Notfall-Verordnung der EU- Kommission möglicherwei- se doch noch überarbeitet?



Die wissenschaftlich-medizinisch unverantwortlichen Vorgangs- weisen der EURATOM-Strahlenexperten wirken sich für die Kleinkinder noch ärger aus! (Vgl. besonders Seiten 7 und 8.)

heiten zu berichtigen. Damit wurden wir mit einem derart gravierenden Vorgang unter EURATOM-Titel konfrontiert, daß wir in Richtung der ös- terreichischen EU-Abgeord- neten einerseits, sodann der Bundesregierung ander- seits zu agieren begannen. Denn was da vorging, war

licher Untermauerung in Expertenberichten, seit Monaten unter die Lupe ge- nommen. Es ist die einzige kritische Gesamtanalyse dieser Kommissionsvorlage zur Verordnung von Radio- aktivitäts-Höchstwerten in Nahrungs- und Futtermitteln bei einem Atomunfall**. Von

Die CRIIRAD hatte für die Abgeordneten zum Euro- paparlament ihre Analyse zu dem eingangs erwähn- ten 5-seitigen Faktenblatt komprimiert. Dieses ist daher nicht in Fachchinesisch gehalten. Doch „je- des Gramm“ Information darin zählt. Wer daher das bresante, dichte Faktenblatt der CRIIRAD (siehe Blattmit- te)* zunächst scheut, kann sich den Einstieg über den

1989: „Aus“ für Wackersdorf Heute: raus aus EURATOM



Salzburg, 8. Juli 2009: lebendige Erinnerung an die Geburtsstunde der österreichischen Antiatom-Außenpolitik. Es waren die österreichischen Beiträge zum Baustopp der atomaren Wiederaufbereitungsanlage Deutschlands im oberpfälzischen Wackersdorf, die die atomkritische Politik nach außen begründeten. Eine beispiellose Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern, Medien und Politik; Demonstrationen hüben, drüben und direkt auf der Grenze; 440.000 der 880.000

Einwendungen im offiziellen Genehmigungsverfahren; Einsprüche mehrerer Bundesländer (Vorarlberg, Salzburg, OÖ,...), großer Städte und unzähliger Gemeinden; die vehemente Rede von Umweltministerin Marilies Flemming beim bayerischen Einwendungs-Erörterungstermin im Sommer 1988 – ein nie dagewesener Auftritt eines ausländischen Regierungsmitgliedes bei solchem Anlaß! – all das wurde zur Schlüsselerfahrung und zum Grundsockel für spä-

teren grenzüberschreitenden Widerstand gegen Atomprojekte in Nachbarländern. Wenn dieser nie mehr gleichermaßen erfolgreich war, so u.a. aus zwei Gründen: weil, ganz banal, nicht alle Kämpfe gewonnen werden können, und, weit weniger zwangsläufig, weil die österreichischen Regierungsparteien durch Inkonsequenz viele Chancen vergaben (Hauptbeispiel: Nichteinhaltung des „Melker Abkommens“ über das AKW Temelin).



Imp.: Verl. Herst. Hrszg.: Initiative Ost, AKW-Gegner Salzburg, 5020 Salzburg, Arenbergstr. 21
Verlags- u. Herstellungsort: 5020 Sbg. - Redaktion: 5020 Salzburg, Arenbergstr. 10 (0662/643567)

Veröffentlichungsort: Salzburg
Verlagspostamt: 5020

PLATTFORM

P.B.N.
31.12.91

Zeitschrift der IOAG - Salzburg über die Österreichische Plattform gegen die WAA Wackersdorf

NEWS 6/91

EG-Serie (1)

Ist Ihre Unterschrift so wenig wert,

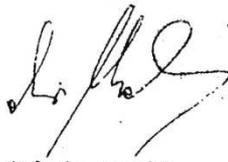
Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)

Vom 25. März 1957
mit allen Änderungen

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und für den friedlichen Fortschritt darstellt,

ENTSCHLOSSEN, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen, welche die Energieerzeugung erweitert, die Technik modernisiert und auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlstand ihrer Völker beiträgt,

HABEN BESCHLOSSEN, eine Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) zu gründen;



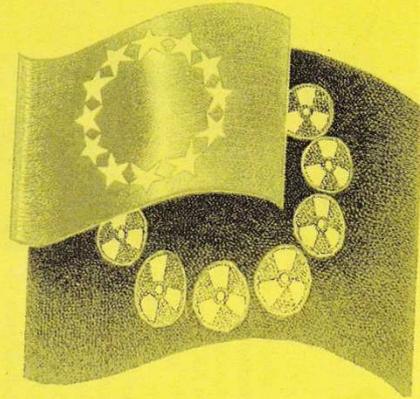
(Alois Mock)



Herr Minister?

daß sie, unter diese u.a. Teile des EURATOM-Vertrags gesetzt, folgenlos bleiben soll?

NEIN zu EURATOM !



Mit dem Beitrittsansuchen zur EG hat Außenminister Alois Mock auch zum Beitritt Österreichs zu Euratom angesucht:

EURATOM ist die Atomorganisation der EG mit dem Hauptziel 'entschlossen die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen' (Präambel des EURATOM-Vertrages) Der EURATOM-Vertrag schließt die militärische Nutzung nicht aus. Mit dem Beitritt Österreichs zu EURATOM würde der österreichische Steuerzahler eine lebensbedrohende Entwicklung unterstützen.

Wir protestieren

ganz entschieden gegen den einseitigen Propagandafeldzug der Regierung, der weit über 100 Mio Schilling an Steuergeldern verschlingt (für 1992/93) und der die negativen Auswirkungen eines EG- und EURATOM-Beitrittes gänzlich verschweigt

Wir fordern von Bundespräsident, Bundesregierung, Nationalrat:

* EG-Information statt Manipulation

nach dem Beispiel der demokratischen Regierungskampagne vor der Volksabstimmung über Zwentendorf 1978. Die derzeitige "Waschmittelreklame" (Zitat BM f. Landwirtschaft F. Fischler) der Bundesregierung soll ersetzt werden durch ein "Forum, wo Befürworter und Gegner gleichermaßen zu Wort kommen" - Zitat aus dem Büro des Bundespräsidenten, Profil 37/92)

* Keine Übernahme der EURATOM-Vertragsbestimmungen

Zurückziehung des EURATOM-Beitrittsansuchens.
Eine atomkraftfreie Zukunft ist für Österreich genauso wichtig wie die Neutralität!

* Konsequente Anti-Atompolitik

entsprechend der Regierungserklärung für ein "Atomkraftfreies Europa"

Politik ist zu wichtig, um sie den Politikern allein zu überlassen:

Mischen wir uns ein! Helft alle mit! Sammelt Unterschriften!

Für eine atomfreie Zukunft!

	Name	Adresse	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			

Willkürliche Zurechtdeutung der Wirklichkeit durch die
österreich. Bundesregierung vor EURATOM-Beitritt:

„Der Euratom-Vertrag ist totes Recht.“

Vgl. zB:

- **Im Jahr 1994 war von der EG für Finanzen im Bereich Nukleare „Sicherheit“/EURATOM eine massive Erhöhung um 69%*** im Vergleich zum Haushaltsjahr 1993 vorgesehen.**
- **Österreich hätte 1994 anteilmäßig mitzuzahlen, völlig unabhängig von verbaler Antiatompolitik.**

***Statt 11,5 Mrd ECU dann 19,48 Mrd ECU.

BK Vranitzky *

in Reaktion auf

UPI-Analyse: „EG stellt sich auf Reaktor-Katastrophe ein“**

„Was die Übernahme höherer Strahlengrenzwerte bei Lebensmitteln bzw. den Import von Lebensmitteln mit höheren als den österreichischen Grenzwerten betrifft, **bemerke ich, dass die Festlegung von Strahlengrenzwerten unabhängig von einer Anti-Atom-Politik zu sehen ist.**“

* In „Atomkraftwerke“. Informationsbroschüre 115 aus der blauen Serie „Wir sind Europa“ des Bundeskanzleramts, Wien 1992, S. 5.

** Umwelt- und Prognoseinstitut, Heidelberg.

Tabelle 2		
Lebensmittelgrenzwerte nach Unfällen		
Cäsium 137 Milch/Milchprodukte Schweinefleisch Rindfleisch Wild, Honig, Pilze, Nüsse, Tee (lt. EG-Definition "Nahrungsmittel mit geringer Bedeutung")	ÖSTERREICH	EG/EURATOM
	185 Bq/Liter	1.000 Bq/Liter
	185 Bq/kg	1.250 Bq/kg
	600 Bq/kg	1.250 Bq/kg
	600 Bq/kg	12.500 Bq/kg
Strontium 90 Trinkwasser	ÖSTERREICH 1 Bq/Liter	EG/EURATOM 400 Bq/Liter

(Quellen: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 22.12.1987; Österr. StrSchGes/VO 1986; Dipl.-Phys. Chr. Küppers, Öko-Institut-Darmstadt, auf Pressekonferenz von Anti Atom International am 5.7.1993 in Wien. Komplette Vergleichsliste auf Anfrage.)

Tabelle 1	
Grenzwerte für Milch als Säuglingsnahrung in Becquerel/Liter	
ÖSTERREICH 11 Bq/Liter	EG 370 Bq/Liter Nach Unfall: 1.000 Bq/Liter

ATOMSTAAT ZWEITER ANLAUF?

Zivile und militärische Integration Österreichs
in die Europäische Atomgemeinschaft



AAI
ANTI ATOM INTERNATIONAL

EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (-1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)

INHALT

	<i>Seite</i>
Vom Wert der kleineren Einheiten	4
1 DER EURATOMVERTRAG	5
Die Szene ähnelt dreisten Haustürverträgen: Pro-EG-Österreich bewertet den Euratomvertrag als totes Recht, seine deklarierten Zielsetzungen, zB eine "mächtige Kernindustrie", als überholte Floskeln, die man folgenlos unterzeichnen könne. So viel Arglosigkeit wollen wir unserer Regierung nicht unterstellen.	
2 ATOMSPERRGESETZ	12
Blicke in Österreich auf Dauer verboten, was nach EG-Recht nach Kräften zu fördern, zu pflegen und bei Bedarf einzuklagen ist?	
3 ATOMFORSCHUNG	18
Der deklarierte Antiatomstaat Österreich müßte als EG-Mitglied Atomforschung wenn nicht betreiben, so doch bezahlen. In EG-Maßstäben.	
4 EG-BINNENMARKT ENERGIE	23
In der zentralistischen EG-Stromgemeinschaft der Konzerne bleiben Umweltschutz und Effizienz auf der Strecke.	
5 STROMDREHSCHIBE ÖSTERREICH	33
EG-Recht würde dem "netztechnischen Entwicklungsland" (Fremuth) Österreich viele neue "Mastenwälder" bescheren.	
6 EG UND DER ATOMARE OSTEN	36
Um den Artbestand besorgt, hält die Atomlobby West die Atomruinen Ost am Laufen. Ausstiegswillige Staaten wie Bulgarien werden mit Kernkraftexperten statt Alternativkonzepten beliefert.	
7 BESTRAHLTE LEBENSMITTEL	44
Die Regierung hat alles im Griff – steht in ihren EG-Broschüren.	
8 STRAHLENSCHUTZ	49
Den nächsten GAU sehen EG-Grenzwerte ganz konkret vor: Nach Unfällen zB 1.000 Becquerel Cäsium 137 pro Liter Säuglingsmilch (Österreich dzt: 11 Bq). EG-Österreich "harmonisiert" mit.	
9 ATOMMÜLL & TRANSPORT	53
Lagerhaltung per Transit und andere Atomtransportarten halten den atomaren Kreislauf fit – und damit so manche Betreiberbewilligung. EG-Österreich, transiterfahren, ist mit von der Partie.	
10 URANSCHWINDEL	58
Wie Euratom IAEA-Kontrollen unterläuft, Uranschiebereien deckt.	
11 EG-ATOMSTREITMACHT	61
Von der Neutralität zum Atommacht-Teilhaber.	

**„Gemeinsame Erklärung“
EU : Ö**

(Herbst 1993)

**„Bundesverfassungsgesetz (BVG)
für ein atomfreies Österreich“**

(1999)

Jan. 2007

Gemeinsame NGO-Pressekonferenz in Wien:

50 Jahre sind genug!

Österreich RAUS aus EURATOM!

- Global 2000 (FOE-Österreich)
- Greenpeace Österreich/Mitteleuropa
- Umweltdachverband (UWD)
- Atomstopp_Oberösterreich
- PLAGE-Salzburg

Unterstützer der Kampagne „RAUS aus EURATOM“



Mittlerweile kann sich die EURATOM-Kampagne über 70 unterstützende Organisationen freuen (Stand: 20. März 2009)! Die Kampagne hat einen enormen Zulauf ... innerhalb von sieben Monaten hat sich die Zahl der unterstützenden Organisationen nahe zu VERVIERFACHT! Zur aktuellen Übersicht der unterstützenden Organisationen siehe www.raus-aus-euratom.at/unterstuetzer.php

RAUS aus EURATOM - Personenkomitee



Mathilde Halla zeigt eine Karikatur von Gerhard Haderer (Après GAU – 1986), der meint: „Der Super GAU von Tschernobyl hat uns gezeigt, dass mit Atomenergie nicht zu spaßen ist. Die Folgen der Katastrophe sollten Warnung an alle Politiker und an alle neuen und alten Atomfanatiker genug sein.“

Im Rahmen einer Pressekonferenz wurde am 24. April das Personenkomitee vorgestellt, das die Kampagne „Österreich – RAUS aus EURATOM“ prominent unterstützt! Damit wird das Netzwerk der Unterstützer der Forderung – neben Landtagen/Gemeinden/Organisationen, Vereinen und Unternehmen aus dem Bereich Anti-Atom, Umwelt, Erneuerbare Energien – wieder um eine Facette dichter.

Mathilde Halla (u.a. Nuclear Free Future Award-Preisträgerin 2005 und langjährig führend im Anti-Atom-Widerstand gegen Zwentendorf, Wackersdorf, Temelin) bringt es auf den Punkt: „Österreich kann nicht auf der einen Seite gegen die Atomanlagen an unseren Grenzen kämpfen und auf der anderen Seite die Atomindustrie über EURATOM-Zahlungen unterstützen!“



Peter Weish: „Ein Ausstieg aus EURATOM schafft klare Verhältnisse.“



Fritz Witzany: „EURATOM – unzeitgemäß, überholt, kurzsichtig, gefährlich.“



Bernd Litsch



August Raggam



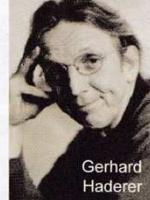
Hildegard Breiner



Michael Rosenberger



Christian Felber



Gerhard Haderer



Gregor Sieböck

Die gesammelten Stellungnahmen finden Sie auf: www.raus-aus-euratom.at/personenkomitee.php

Fritz Witzany (u.a. Konrad Lorenz Preisträger 2000, langjährig führend im Anti-Atom-Widerstand gegen Zwentendorf, Wackersdorf, Temelin) meint: „Wir brauchen keine Wiederbelebung einer technischen Fehlentwicklung, sondern ein kreatives und harmonisches Miteinander von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Ökologie.“

atomstopp

atomkraftfrei leben!

2. Quartal 2014, 39. Jahrgang, Nr. 221



**Europaweiten
Atomausstieg voranbringen!**

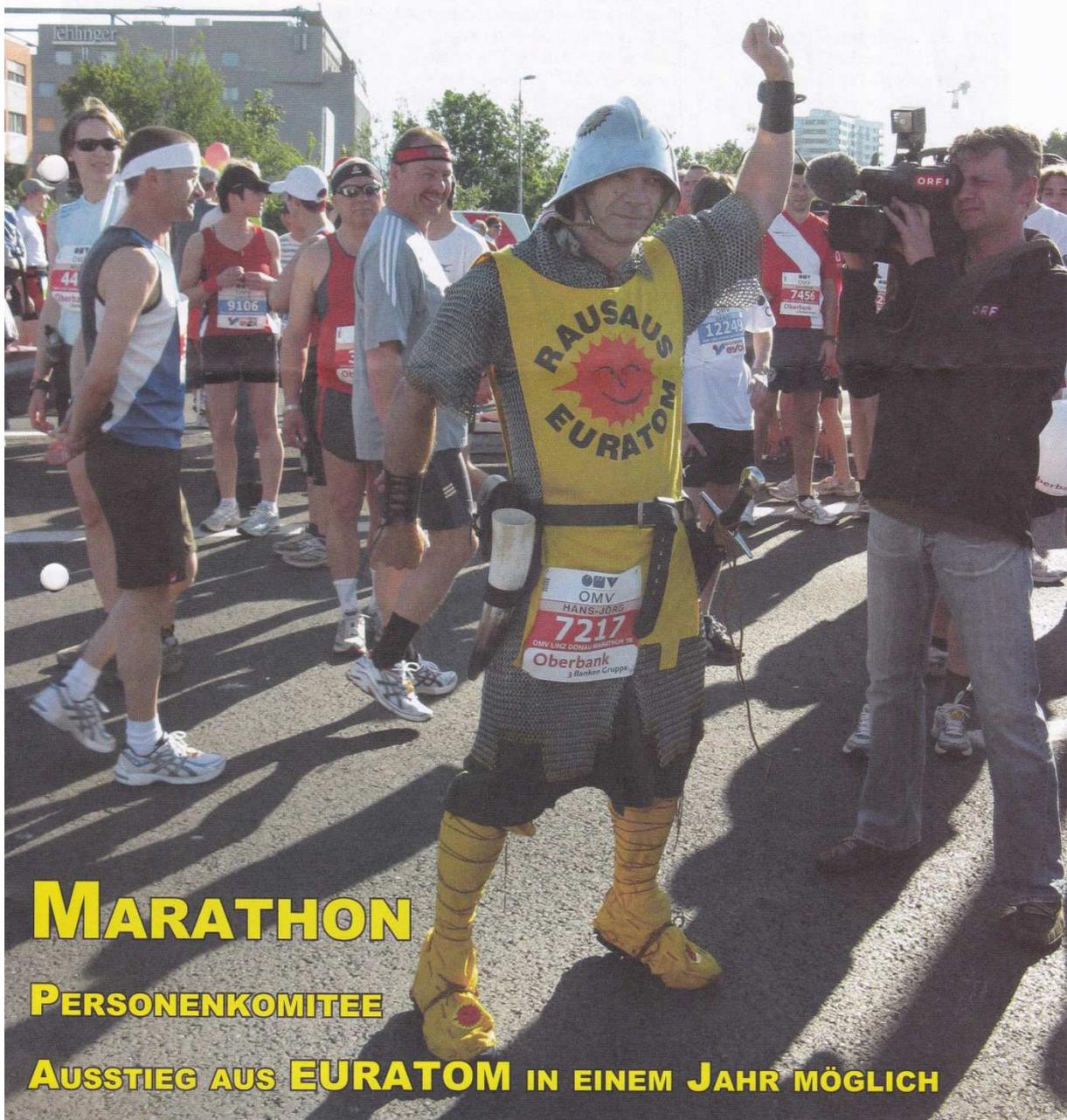
EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (-1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomfahren (PLAGE)

Nach dem Lesen bitte an Interessierte weitergeben!

atomstopp

atomkraftfrei leben!

3. Quartal 2009, 34. Jahrgang, Nr. 207



MARATHON

PERSONENKOMITEE

AUSSTIEG AUS EURATOM IN EINEM JAHR MÖGLICH

EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (-1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomfahren (PLAGE)

100-16 4.07

Lauf gegen Atomkraft

Protest: Sportler lief zehn Kilometer rückwärts

UND, SCHLESDORF (ÖN) hat. Zehn Kilometer rückwärts laufen in 36 Minuten. Das hat der 24-jährige Schleisdorfer Jakob Neff am Sonntag beim Linz-Marathon geschafft. Es war nicht nur sportlicher Ehrgeiz, der den Flachgau-er antrieb. Er lief aus Protest gegen den „verkehrten Weg“ Atomkraft. Der Rückwärtsläufer sang

für dieggew. Aufscheben. „Raus aus Euratom“ stand auf der Schärpe, die er trug. Die letzten 200 Meter schwenkte Neff eine Fahne mit „Stopp Tarneln“. Erschöpft, aber glücklich, schilderte der Sportler den SN seine Eindrücke: „Es war eine Superaktion. Das Publikum war überrascht, die Reaktionen waren wunderbar. Keine einzige war negativ.“

Das Schwierigste sei der Start im Gedränge von Tausenden Läufern gewesen. „Wir sind 30 Sekunden nach dem Startschuss los. Im Rudel ist es extrem schwierig. Ohne meine zwei Begleiter, meinen Vater und meinen Bruder, hätte ich es nicht geschafft.“ Vater Thomas (51) und Bruder Stefan (21), die ebenfalls mit Aufschriften zehn Kilometer vorwärts liefen, machten ihn auf Verkehrsregeln, Straßenbahnschienen und langsamere Läufer aufmerksam. „Die Hindernisse machen es spannend“, meinte Jakob Neff. Das Ziel unter einer Stunde zu läufeln, hat er trotz der Hitze erreicht. Probleme bereiteten die ungewohnte Haltung: „Man läuft auf dem Fußballen. Bauch und Rücken sind immer angespannt.“

Das Trio besteht schon an seinem vierten Coup. Beim Salzburg-Marathon am 11. Mai ist über 21 Kilometer wieder eine Anti-Atom-Aktion geplant. Neff vertritt vorerst nur: „Es wird kein Rückwärtslauf.“



Rückwärtsläufer Neff. Foto: www.oe1.orf.at

Nach dem Lesen bitte an Interessierte weitergeben!

atomstopp

atomkraftfrei leben!

1. Quartal 2009, 34. Jahrgang, Nr. 205



78% DER ÖSTERREICHERINNEN WOLLEN RAUS!

Neuer Finanzbericht aus Salzburg steckt auf.

Gemeinden zahlen Millionen an die EU

BERICHT SEITEN 24/25

Neuer Finanzbericht deckt auf: So viel

zahlen unsere Gemeinden für Brüssel



Millionen gehen an die EU

Die EU ist auch für die Gemeinden in Salzburg finanziell ein Fass ohne Boden. Das bestätigt ein brandneuer Bericht aus der Stadt Salzburg: Die Finanzabteilung rechnet, dass die Gemeinden letztes Jahr 7,34 Millionen für die EU bezahlten, allein für die Stadt waren es 2,62 Millionen!

Österreich ist Nettozahler in der EU – wir überweisen nach Brüssel also mehr Geld als wir wieder zurück erhalten. Das trifft auch die Salzburger Gemeinden finanziell

ganz schwer. Das belegt ein brandneuer Bericht von Magistrats-Finanzexperte Axel Maurer. Auf offizielle Anfrage der FP legte er jetzt die nackten Zahlen offen:

Schon 2005 zahlten die Gemeinden 6,06 Millionen Euro an die EU, die Stadt trug 2,16 Millionen bei. Aber seit damals gingen sich diese Zahlungen dramatisch nach oben. Im Vorjahr waren es für die Gemeinden satte 7,34 Millionen Euro,

as Schöppl. „Von dem Geld kommt viel zu wenig zurück – dabei würde Salzburg diese Millionen gerade in Krisenzeiten dringend benötigen!“

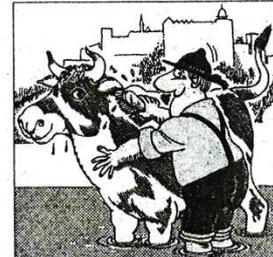
VON ROBERT REDTENBACHER

der Anteil der Stadt Salzburg betrug 2,62 Millionen – ein Plus von 21 Prozent!

„Das sind keine direkten Zahlungen Salzburgs an die EU“, erläutert Maurer. „Ich habe geschaut, wie viel Österreich nach Brüssel überwies und hochgerechnet, wie viel die Salzburger Gemeinden davon bekommen hätten“, sagt der Beamte.

„Da sieht man, wieviel uns die EU tatsächlich kostet“, erklärt FP-Klubchef Andre-

salzburg@kronenzeitung.at



Stierwascher

„Die Salzburger Gemeinden schicken jedes Jahr viele Millionen Steuergeld an die EU in Brüssel. Mir wars aber viel lieber, sie täten uns a paar von unsere Politiker abnehmen...“

Mittwoch, 23. Dezember 2009 / Nr. 17.834, € 1,-

Salzburg Krone

Kronen
Zeitung
UNABHÄNGIG

www.krone.at

Salzburg Karolingerstraße 36

REDAKTION: ☎ 662/83 44 83-0 ABO-SERVICE: ☎ 057060-650



EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomfahren (PLAGE)

Nach dem Lesen bitte an Interessierte weitergeben!

atomstopp

atomkraftfrei leben!

1. Quartal 2009, 34. Jahrgang, Sondernummer 205A

SONDERNUMMER
für Gemeinden in Österreich

... **Gutau** will RAUS aus EURATOM - **Freistadt** will RAUS aus EURATOM - **Neumarkt** will RAUS aus EURATOM - **Gemeinde Ottensheim** will RAUS aus EURATOM - **Gemeinde Feldkirchen an der Donau** will RAUS aus EURATOM - **Vöcklabruck** will RAUS aus EURATOM - **Wels** will RAUS aus EURATOM - **Gmunden** will RAUS aus EURATOM - **Gemeinde Siegersdorf bei Herberstein** will RAUS aus EURATOM - **Lassing** will RAUS aus EURATOM - **Göpfritz an der Wild** will RAUS aus EURATOM - **Waisenegg** will RAUS aus EURATOM - **Waidhofen an der Thaya** will RAUS aus EURATOM - **Linz** will RAUS aus EURATOM



**IMMER MEHR GEMEINDEN ÖSTERREICHS WOLLEN
RAUS AUS EURATOM!**

RESOLUTION für „RAUS aus EURATOM“

Die unterzeichneten GemeinderätInnen stellen gemäß § ... der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Gemeinde ... folgenden

Resolutionsantrag:

Der ... Gemeinderat fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, im Sinne einer aktiven, glaubwürdigen Antiatompolitik den Austritt Österreichs aus EURATOM, der europäischen Atomgemeinschaft, umgehend und konsequent zu betreiben.

Begründung:

Der EURATOM-Vertrag aus dem Jahre 1957 bewirkt, dass jährlich 40 Mio. Euro (Stand 2004) aus Österreich in die Atomenergie fließen. Die Atomenergie wäre nicht wettbewerbsfähig, wenn es Fördermittel nicht gäbe. Atomkraftwerke überschwemmen nach wie vor den Markt mit billigem Strom, der unter anderem als Pumpstrom für Speicherkraftwerke verwendet wird. Das Risiko allerdings trägt die Öffentlichkeit, da Atomkraftwerke nicht versichert sind und auch für die Entsorgung des radioaktiven Abfalls europaweit noch immer keine Lösung zur Verfügung steht. Das führt zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung zu Ungunsten erneuerbarer Energiequellen. Das europäische Parlament hat nach wie vor keine Mitentscheidungsmöglichkeit bei der Finanzierung von Atomkraftwerken durch die EURATOM-Milliardenkredite.

Atomenergie und alle damit verbundenen ungelösten Probleme im gesamten Produktionszyklus sind kein taugliches Mittel für eine rasche und nachhaltige europäische Klimaschutzpolitik. Diese ist jedoch unumgänglich. Daher ist es längst überfällig, alle finanziellen Mittel aus der Förderung der Atomenergie abzuziehen und 1:1 der Entwicklung von Technologien zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen zuzuführen.

Die rechtliche Machbarkeit eines Ausstiegs aus EURATOM ist mittlerweile durch drei Gutachten belegt. So kommen Univ.-Prof. Michael Geistlinger, Universität Salzburg, Dr. Manfred Rotter, Universität Linz, sowie Univ.-Prof. Dr. Bernhard Wegener, Universität Erlangen-Nürnberg unabhängig von einander zu dem Schluss, dass es „Kraft des Völkergewohnheitsrechts, das durch Art. 56 der Wiener Vertragskonvention (WKV) kodifiziert wurde“ möglich ist, aus dem EURATOM-Vertrag auszusteigen, ohne die EU-Mitgliedschaft in Frage zu stellen.

_____, am _____ 2009
Ort Datum

Download: www.raus-aus-euratom.at/downloads/gemeinderesolution.doc

PLATTFORM NEWS

PN 1/13 erhalten?!!
→ Letzte Seite...

PN 2/13

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE)

13.12.13 · EURO 2,-

**Neuer Schwung für RAUS-AUS-EURATOM!
Resolution des Salzburger Landtags vom 2.10.2013:**

**„... dass Österreich
umgehend aus dem
EURATOM-Vertrag austritt“**



**Starkes EURATOM-Signal der Salzburger Parteien an die Bundesregierung –
ÖVP und SPÖ „springen über ihren Parteschatten“ –
Drohende EU-Regelung für Atomsubventionen als Auslöser**

Es war eine kleine Sensation: Nicht nur beschloß der Salzburger Landtag am 2. Oktober 2013 auf Antrag von

seit 60 Jahren ohnehin massiv begünstigt und ja angeblich längst „hochentwickelt“ ist während die Erneuerbaren

dert dazu eine Parlaments-Enquête mit Anhörung und gründlicher Diskussion der Expertenmeinungen. Der Salz

**EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomfahren (PLAGE)**

Atomkraftgegner: Euratom-Gelder besser in erneuerbare Energien!

Gegner: „Skandal der massiven Förderung der Atomwirtschaft“ aus Österreich abstellen

Salzburgs Atomgegner kritisieren, dass seit dem EU-Beitritt Millionen von der Stadt Salzburg an Euratom geflossen sind. Sie fordern nun einen Stopp dieser Zahlungen und deren Verwendung für erneuerbare Energien.

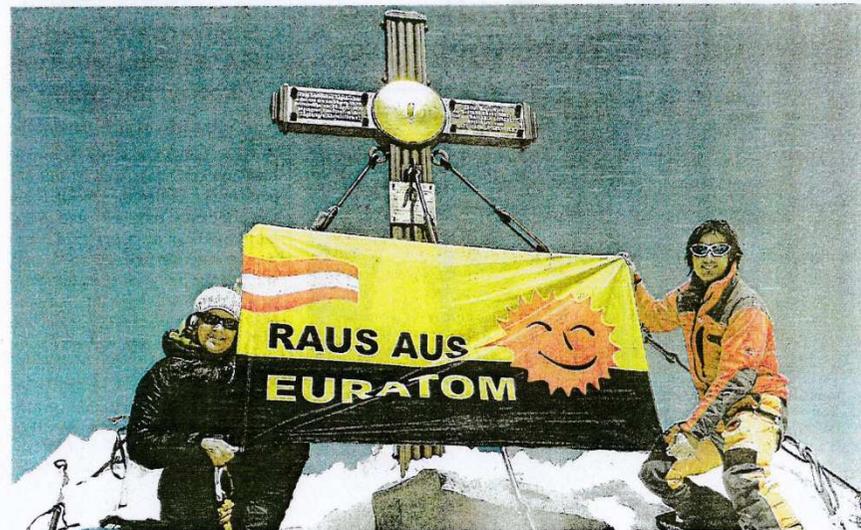
Die genauen Zahlungen Österreichs an die europäische Atomgemeinschaft sind ein großes Staatsgeheimnis. In unzähligen parlamentarischen Anfragen haben Abgeordnete verschiedener Parteien seit dem EU-Beitritt versucht, den Euratom-Anteil an Österreichs Netozahlungen an die EU genauer zu erfahren. Geht nicht, ist die stereotype Antwort der Regierung. Die Begründung, zuletzt etwa in einer Anfragebeantwortung des Bundeskanzleramtes vom 14. April 2009 formuliert, ist mehr als merkwürdig. Sie lautet kryptisch wörtlich so: „Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es kein eigenständiges Euratom-Budget gibt; das Gemeinschaftsbudget aber einzelne Ansätze aufweist, die ihre Rechtsgrundlage bzw. Begründung teilweise oder zur Gänze im Euratom-Vertrag finden.“

Basierend auf Zahlen aus einer etwas konkreteren Anfragebeantwortung aus dem Jahr 2003 schätzen Österreichs Atomgegner vorsichtig

und Gemeinden zu Österreichs EU-Zahlungen beitragen. Die Finanzabteilung der Stadt Salzburg hat diesen Anteil in der Beantwortung einer Gemeinderatsanfrage im Dezember 2009 exakt beziffert. Demnach berappte allein die Stadt Salzburg nur im Jahr 2008 2,6 Millionen Euro für die EU. Salzburgs Atomgegner gehen nun davon aus, dass rund zehn Prozent davon an Euratom gehen. Nur im Jahre 2008 wären das also 260.000 Euro gewesen, seit dem EU-Beitritt im Jahr 1995 viele Millionen.

Atomgegner werden „billig abg gespeist“

„Billig abg gespeist“, meint der Sprecher der Plattform gegen Atomgefahren Heinz Stockinger, müssten sich die Atomgegner angesichts solcher Zahlen fühlen. Sie würden für die Anti-Atom-Arbeit nur einen Bruchteil dieser Summen bekommen. Aber es komme jetzt den



Gipfelstürmer am Großglockner für Euratom-Austritt.

Foto: Naturfreunde Vorarlberg

Dass ein atomfreies Land so viel zahlt, ist absurd und grotesk

Atom-Zahlungen steigen sogar rasant

**EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)**



**EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (-1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)**

100 Gipfel stürmen für RAUS aus EURATOM



4/10



PLAGE-Aktion
bei Eröffnung des Windparks Munderfing (OÖ)
 (Th. NEFF, Sommer 2015)





EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (←1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomfahren (PLAGE)

PLATTFORM NEWS

- Atomfrei-Stiftung
Projekt 2009 Seite 12
- Ausschreibung für
Werkvertrag Seite 12

PN 4/2009

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) DEZ 2009/JÄN 2010 · EURO 2,-

Abschluß vor dem Parlament: Österreich-Tour RAUSausEURATOM (Juli – September 2009)



Mit einer Kundgebung von 100 Aktivist- und Sympathisant/innen vor dem Parlament wurde die Österreich-Tour RAUSausEURATOM am 24. Oktober – zum Nationalfeiertag – in Wien abgeschlossen. Insgesamt elfmal wurde im Rahmen der Tour quer durch ganz Österreich – von Bregenz bis Eisenstadt – Halt gemacht. Mit Organisationen, Vereinen und Unternehmen vor Ort, die sich der Forderung "Raus aus EURATOM!" angeschlossen haben, aber auch etwa mit Burgenlands Landeshauptmann Niessl, wurde öffentlich auf verschiedene „EURATOM-Übel“ hingewiesen. (Siehe Bericht über die SalzburgerTour-Etappe bei den 380kV-Gegnern, S. 3.)

Redner beim Abschluß vor dem Hohen Haus waren Univ.-Doz. Dr. Peter Weish (Forum Wissenschaft & Umwelt), Christiane Schmutterer (ARGE ja zur Umwelt, nein zu Atomenergie) und Erwin Mayer (Mehr Demokratie!). Von den eingeladenen Politiker/Inne/n – Bundespräsident und Kanzler (siehe Brief S. 2), sämtliche Regierungsmitglieder und NR-Abgeordneten – war nur die Atomsprecherin der Grünen im NR, Christiane Brunner, erschienen.

EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)

Diplomatische Note an die EU-Kommission über den Austritt der Republik Österreich aus dem EURATOM-Vertrag



Enthüllung des für die Bundesregierung mundgerecht
vorbereiteten EURATOM-„Kündigungsbriefes“, 8. Juli 2009,
am „Wackersdorf-DenkMal“ in der Salzburger Innenstadt

Mitteilung an den Europäischen Rat betreffend den Austritt Österreichs aus der Europäischen Atomgemeinschaft

(diplomatische Note des Bundespräsidenten)

Die diplomatische Note vom 1. April 2010 lautet: „Der Bundespräsident der Republik Österreich beehrt sich, im Namen der Republik Österreich gegenüber dem Europäischen Rat den Austritt der Republik Österreich aus dem Vertrag betreffend die Errichtung der Europäischen Atomenergiegemeinschaft, der am 25. März 1957 in Rom unterzeichnet worden ist, zu erklären. Dieser Austritt wird mit dem In-Kraft-Treten des Austrittsabkommens gemäß Art 49a EUV iVm Art 106a EAV, spätestens aber mit 1. April 2012 rechtswirksam.“

Atomstopp 2 /2011

98.678mal Danke!



Mit der Forderung RAUS aus EURATOM ins Parlament...

EURATOM Volksbegehren

„50 Jahre EURATOM sind genug!“

Die Europäische Atomgemeinschaft wird in wenigen Wochen 50 Jahre alt. Atomgegner fordern nun den Ausstieg Österreichs aus diesem Vertragswerk.

HEINZ STOCKINGER

Am 25. März 2007 wird die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) 50 Jahre alt. Aus diesem Anlass lancierten am 12. Jänner auf einer Pressekonferenz in Wien die wichtigsten Umwelt- bzw. Antiatomorganisationen ihre Kampagne zum EURATOM-Austritt Österreichs. Einige der von atomtopp-obersiebenbrunn, Global 2000, Greenpeace, Salzburger Plattform gegen Atomfahren (PLAGE) und Umweltsachverband genannten Kritikpunkte am EURATOM-Vertrag lauten:

- ⊖ Der Pro-Atom-Konkurs von 1957 existiert nicht mehr.
- ⊖ Ausgerechnet dieser Vertrag zu Gunsten einer Technologie hat keine Auslaufbestimmung. Hingegen läuft der EGKS-Vertrag (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl) nach 50 Jahren 2002 aus.
- ⊖ Demokratiedefizit: Das Europäische Parlament hat bei nuklearen Fragen keine Mitentscheidung. Die Kommission entscheidet allein über die EURATOM-Kredite für Atomforschung und -entwicklung – ohne Parlament, aber auch ohne Europäischen Rat, also die Regierungen der Mitgliedsstaaten!
- ⊖ Der EURATOM-Vertrag steht im Widerspruch zu anderen Bestimmungen der EU, besonders zu Energie-



Auch auf dem Wiener Opernböhl 2007 machten EURATOM-Gegnerinnen am vergangenen Donnerstag auf ihr Anliegen aufmerksam.

WIKI/STW

organisationen setzen zunächst darauf, dass der EURATOM-Vertrag im Zuge des Entwurfs einer EU-Verfassung endlich reformiert würde. Umfassende Vorschläge dazu, zum Beispiel von EU-Parlamentariern, wurden im Verfassungskonvent unter dessen Vorsitzendem Giscard d'Estaing ignoriert. Solange der Verfassungsentwurf von den EU-

geworden. Österreich muss nun das tun, was es autonom tun kann: sich auf den möglichen, doch gangbaren Weg aus dem EURATOM-Vertrag begeben. Dieser Austritt ist rechtlich möglich. Und zwar

ohne die Mitgliedschaft in der EU in Frage zu stellen. Das belegen zwei voneinander unabhängige Völkerrechtsgutachten. Für Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger, Salzburg (Kontraktanten für den dänischen Umweltsachverband NOAH, 2005), wie für Univ.-Prof. Dr. Manfred Rotter, Linz (im Auftrag der 90. Landesregierung, 2004), ist vom EURATOM-

DATEN & FAKTEN

Der EURATOM-Vertrag

Die Europäische Atomgemeinschaft wurde 1957 gegründet. Ihr Ziel ist es, durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedsstaaten und zur

GASTkommentar

EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomfahren (PLAGE)

Künftiger Bundespräsident: aktiv gegen EURATOM?

Die Bundespräsidentschaftskandidaten Van der Bellen und Hofer sind beide für den Ausstieg Österreichs aus EURATOM. Richtige Antworten auf Pläne der EU-Kommission zur Förderung der Atomkraft.

Die Wahl zum Bundespräsidenten Österreichs hat sich als schwieriges Unterfangen entpuppt. Die Gründe – Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Stimmen der Stichwahl, dann fehlerhafte Wahlkuverts – sind bekannt. Am 4. Dezember wird nun wohl tatsächlich Österreichs neues Staatsoberhaupt bestimmt.

Für oder gegen EURATOM?

Vor der ersten Stichwahl klopften die PLAGE und atomstopp_oberoesterreich die Einstellung der beiden Kandidaten Van der Bellen und Hofer hinsichtlich auf



vertritt nach wie vor die Meinung, dass die **Energieunion mit Ländern, die auf Kernkraft setzen, nicht im Interesse unserer Heimat** ist und daher ein möglichst rascher Austritt Österreichs aus EURATOM anzustreben sei. Dabinge-

ihre politischen Steigbügelhalter behaupten seit Jahrzehnten, „selbstverständlich hat die Sicherheit Vorrang“ und „sind die höchsten Sicherheitsstandards einzuhalten“. Eine Behauptung, die häufig bei genauerem Hinsehen

SALZBURGER PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN

EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)

Kündigung des EURATOM-Vertrags & Parteien-Konstellation in Österreich

Regierung

Opposition

1990 – heute

Sozialdem. Partei (SPÖ)
&
Volkspartei (ÖVP)

(ÖVP & FPÖ 2000-2006)

GRÜNE

Freiheitl. Partei (FPÖ)

(Team Stronach u.ä.)

ab 2013

NEOS (ÖVP-„soft“ + Lib.)

Ausstieg aus EURATOM: Parlamentarische Initiativen

Bezeichnung	Partei	Datum	
1188 / A(E)	BZÖ	17.06.2010	Zuweisung Umweltausschuss (23.6.2010) -> vertagt!
1038 / A(E)	GRÜNE	24.03.2010	Zuweisung Umweltausschuss (23.6.2010) -> vertagt!
393 / UEA	FPÖ	24.03.2010	Abstimmung über Antrag abgelehnt
382 / UEA	BZÖ	29.01.2010	Abstimmung über Antrag abgelehnt
339 / UEA	FPÖ	18.11.2009	Abstimmung über Antrag abgelehnt
381 / A(E)	GRÜNE	21.01.2009	Umweltausschuss → 19.01.2010: vertagt
56 / UEA	FPÖ	21.01.2009	Abstimmung über Antrag abgelehnt
208 / A(E)	FPÖ	10.12.2008	Umweltausschuss → 17.03.2010: vertagt
			Zuweisung Umweltausschuss (23.6.2010) -> vertagt!
23 / UEA	FPÖ	03.12.2008	Abstimmung über Antrag abgelehnt
44 / A(E)	FPÖ	25.11.2008	Außenpolitischer Ausschuss zugewiesen → abgelehnt im EU-Unterausschuß am 8. 07.2010
5 / UEA	GRÜNE	28.10.2008	Abstimmung über Antrag abgelehnt

4/10

atomstopp | seite 3

BREXATOM / EURATOMEXIT – die Gelegenheit für EURATOM-Reform!



Überlegungen / Verhandlungs-Szenarien von
Österreich, Deutschland usw.

„EU-Energiewende-Vertrag“

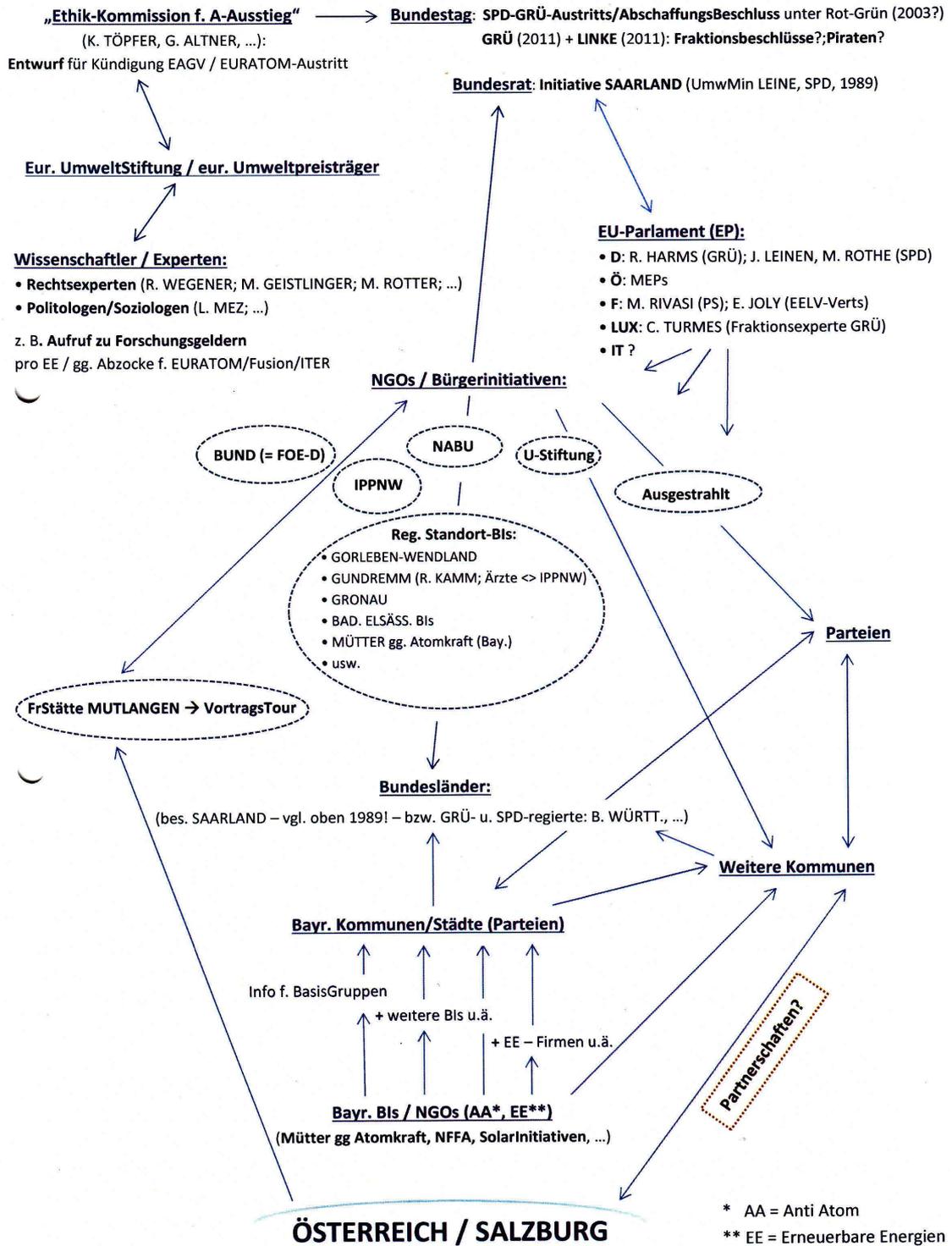


EU-Umweltbüro in Kooperation m. BMLFUW, Abt. EU-Koordination Umwelt

Vortragende: *Jozef Vasak* (Vertretung EU-Komm. in Öst.), *Elisabeth Freytag-Rigler* (Abt. EU-Koordination Umwelt, BMLFUW), *RA Wilhelm Bergthaler* (Keynote: **Das „Energiewende-Protokoll“**)

EURATOM-Kampagne DEUTSCHLAND

a) Institutionen und Akteure





Die
Bundesregierung

Deutschlands Energiewende –

Ein Gemeinschaftswerk
für die Zukunft

- **„Der EURATOM-Vertrag von 1957 gilt noch immer. Er ist ein Relikt.“** (Z. 1062)
- **„(...)einer Parlamentarisierung und eine[m] transparenten Mitspracherecht sowie der Öffnung für Stakeholder (...)"**(ZZ. 1066-67)
- **„Die Zwecksetzung des EURATOM-Vertrages, die Bevölkerung und Arbeitskräfte vor den Gefahren radioaktiver Strahlung zu schützen, ist nicht umgesetzt. (...) Es liegen bisher keine europäischen Sicherheitsstandards für Bau, Betrieb und Rückbau von Atomkraftwerken vor.“** (ZZ. 1068-69 u. 1072-1073)
- **„Eine bessere Lösung wäre es, den Vertrag zu kündigen(...)“**
Die Kommission empfiehlt der Bundesregierung einen solchen Schritt.“ (ZZ. 1074-77)

EURATOM-Manifest (ab 2014/15) & **EURATOM-Bulletin / EURATOM WATCH** (ab 2015/16)

EURATOM-Manifest:

„EURATOM-Bewußtsein“ und politischen „EURATOM-Drive“ innerhalb der AA-/EE- & Umweltbewegung aufbauen, v.a. in D:

- Gemeinsamen Mindest-Informationsstand herstellen.
- Thematische Verbindung/Anliegen zwischen den NGOs sowie Persönlichkeiten schaffen.
- Politisches Werkzeug herstellen (Grundforderungen).

EURATOM WATCH / EURATOM-Bulletin:

- Erstmals ein Verbindungs- und Informationsorgan zwischen AA-Organisationen, konzentriert auf EURATOM.
- Laufende Berichte über EURATOM (VOn, RLn, Kredite...) und generell EU-Atompolitik.
- Auf Sicht: EURATOM-Dokumentation aufbauen.
- Wesentliche Dokumente der EURATOM-Geschichte bündeln & leicht zugänglich machen.

EURATOM-Ausstieg Österreichs

Akteure:

1. NGOs / BIs
2. Komitee von Persönlichkeiten und Promi-Unterstützung
3. Gemeinde-/Städte-Resolutionen
4. Landtags- Resolutionen
5. Unterstützung der Oppos.parteien auf nationaler Ebene
(Parlament usw.)
Aber: Regierungskoalition SPÖ/ÖVP.

Aktionen:

- „RAUS AUS EURATOM“-Ö-Tour
 - „Gipfel-Verkündigung“/„BergPredigt“
 - Opernball-Auftritt
 - Bahn: Zugbegleiter-Inserat
 - Brüssel/EP
 - Parlamentarische Anfragen
 - Parlamentarische Anträge
-
- **Wissenschaftliche Gutachten**(Rotter, Geistlinger, Wegener)

PLATTFORM NEWS

PN 1/2004

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) · APRIL 2004 · EURO 2,-

„Am Ende des Weges zur europäischen Solidarität wird klarerweise auch eine nukleare Solidarität stehen.“

(Jean FRANÇOIS-PONCET, ehemaliger französischer Außenminister, Jänner 1992)

Festhalten an EURATOM – ein militärisches Motiv?

„Nur“ die „normale“ Lobby kann's nicht sein!



Am Ausgangspunkt zu dieser Frage steht eine nicht enden wollende Ver- sionslosen Antiatom-Aktivisten drängt sich die Frage auf: Warum die se denn: erstens war dieses Land der er- steh... glücklichem

**EURATOM-Kritik & -Widerstand in Österreich & international (1986 – heute)
Heinz Stockinger, Salzburger Plattform gegen Atomfahren (PLAGE)**

“30 Jahre Erfahrung mit Euratom – Die Geburt eines atomaren Europa”*

Brüssel 1988, Seiten 8-9

Aus dem Vorwort von Admiral Pierre Lacoste, Präsident der Fondation pour les Etudes de Défense Nationale und einer der höchsten französischen Militärs.

“[...] Wird Europa seine Ängste und Aberglauben überwinden können und fähig sein, auf dem Weg der Einheit hin zu einer völligen Beherrschung der Kernenergie fortzuschreiten? In ihrer militärischen Form ist sie zweifellos berufen, noch auf Jahre hinaus eine unersetzliche Rolle zu spielen, indem sie jeglichen potentiellen Aggressor daran hindert, einen bewaffneten Konflikt in Europa zu beginnen. In ihrer industriellen Form vermag sie uns den Zugang zu unerschöpflicher Energie zu garantieren – die oberste Voraussetzung für Entwicklung und Wohlstand und damit für den Frieden.”

*) Olivier Pirotte et al.: Trente ans d'expérience Euratom – La naissance d'une Europe nucléaire. Bruylant, Bruxelles 1988.

Le Monde

15, rue Falguière, 75501 Paris Cedex 15

14606 - 6 F

DIMANCHE 12 - LUNDI 13 JANVIER 1992

FONDATEUR : HUBERT BEUVE-MÉRY

La construction communautaire et l'avenir de la force de dissuasion

La France suggère à ses partenaires d'étudier une « doctrine » nucléaire pour l'Europe

Intervenant devant les « Rencontres nationales pour l'Europe » réunies les 10 et 11 janvier à l'initiative du ministère des affaires européennes, M. François Mitterrand a déclaré vendredi que l'élaboration d'une doctrine nucléaire européenne allait devenir « très vite l'une des questions majeures » pour les Douze. C'est la première fois que le chef de l'Etat s'interroge

sur l'avenir de la force de dissuasion française. Le président de la République a également indiqué que « le Parlement sera saisi » des accords de Maastricht sur l'Union politique et l'Union économique et monétaire avant leur ratification soit par le Parlement lui-même, réuni en Congrès, soit par référendum. Il n'a pas tranché entre ces deux possibilités.

Un tabou écorné

par Jacques Amalric

La force de frappe française pose problème dans l'Europe - celle de la Communauté, mais aussi celle de l'Est, toujours en pleine décomposition - à la recherche d'un nouvel ordre. C'est ce qu'a fini par reconnaître vendredi 10 janvier M. Mitterrand, écornant pour la première fois un tabou qu'il s'était efforcé de maintenir intact depuis 1981. Le temps, il est vrai, presse; il suffit de tourner ses regards vers les « gesticulations » militaires auxquelles se livrent déjà les anciennes Républiques de l'ex-URSS. Le président de la République l'a d'ailleurs reconnu lorsqu'il a déclaré: « Est-il possible de concevoir une doctrine [nucléaire] européenne? Cette question-là deviendra très vite une des questions majeures de la construction d'une défense européenne commune. »

M. Mitterrand s'est bien gardé de répondre par oui ou par non à sa propre question. Il n'en a pas moins accepté le principe d'un vaste débat, considéré hier encore comme sacrilège. M. Jacques Delors avait, il est vrai, mis les pieds dans le plat quelques instants plus tôt, suivi par M. Jean François-Poncet. Le président de la Commission européenne venait de déclarer: « On ne m'empêchera pas de penser que si, un jour, la Communauté européenne a une union politique très forte, alors pourquoi pas le transfert de l'arme nucléaire à cette autorité politique? » Quant à l'ancien ministre des affaires étrangères de M. Giscard d'Estaing, il avait affirmé: « Il est clair qu'au bout de la route de la solidarité européenne il y aura aussi une solidarité nucléaire. »

Lire la suite page 3 et l'article de PIERRE SERVENT





Auch EG-Kommissionspräsident J. DELORS tritt für eine baldige EG-Atombewaffnung ein.



*Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Dieter Naumann: "Auf Atomwaffen angewiesen"
(Foto: Der Spiegel 42/91)*

“Am Ende des Weges zur europäischen Solidarität wird klarerweise auch eine nukleare Solidarität stehen.”

(Jean François-Poncet, ehemaliger französischer Außenminister, Jänner 1992)

11

Bundesheer in eine EG-Atomstreitmacht?

Zwei EG-Staaten sind atomar bewaffnet. Die maßgeblichen EG-Politiker stellen die Weichen zu einer gesamteuropäischen Atommacht. Soll das neutrale Österreich über kurz oder lang militärische Geheimhaltung, europäische Atomwaffentests, atomaren “Warenverkehr” und Uranbeschaffung in der Dritten Welt moralisch und finanziell mittragen?

Wir kommen fast im Wortsinn zum “Hauptkriegsschauplatz”. Für Verteidigungsminister Fasslabend, Vizekanzler Busek, hohe österreichische Militärs, Ex-Außenminister Janakowitsch, aber auch für EG-Kritiker(?) Haider, lautet die Parole: “Hinein in die westeuropäische Verteidigungsallianz” und/oder in die NATO. Letztere ist ein Atomwaffenstaat.

Solidarität stehen.”¹ Die Politische Union, die Österreichs derzeitige Regierungspolitiker ebenso fraglos akzeptieren wie die anderen Teile des Vertrags von Maastricht, ist für den mächtigsten Mann in der EG, Kommissionspräsident Jacques Delors, ein logischer Baustein auf dem